



Alexander Häusler
Rainer Roeser

Die rechten »Mut«-Bürger

Entstehung, Entwicklung,
Personal & Positionen der
Alternative für Deutschland

Alexander Häusler/Rainer Roeser
Die rechten »Mut«-Bürger
Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen
der »Alternative für Deutschland«

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf.

Rainer Roeser ist freiberuflicher Journalist und arbeitet für das Internetportal »Blick nach rechts«.

Alexander Häusler/Rainer Roeser

Die rechten ›Mut‹-Bürger

Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen
der »Alternative für Deutschland«

www.vsa-verlag.de

www.forena.de

www.bnr.de

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Roland Geisheimer (www.geisheimer-foto.de)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-595-7

Inhalt

Mut- und Wutbürger: Einleitende Vorbemerkungen	7
1. Ideologische Verortung	13
1.1 Zwischen Nationalliberalismus und Rechtspopulismus	15
1.2 National- und Radikalneoliberalismus	16
1.3 Nationalkonservatismus	19
1.4 Rechtspopulismus	22
2. Rechte Vorläuferparteien der AfD	28
2.1 Der <i>Bund Freier Bürger</i>	28
2.2 <i>Die Freiheit</i> : Personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der AfD	33
2.3 Die <i>Partei Rechtsstaatliche Offensive</i> (Schill-Partei)	39
3. Die AfD und der rechte Populismus	42
3.1 Rechter Anti-EU-Populismus	44
3.2 Sarrazin und die »political correctness«	51
3.3 Populistische Wortspiele	55
3.4 Manifest für einen rechten Populismus	59
4. Der politische Kontext der AfD	64
4.1 Der <i>Hamburger Appell</i>	65
4.2 Politische Netzwerke im AfD-Umfeld	70
Das <i>Bündnis Bürgerwille 70</i> Die <i>Zivile Koalition 72</i> Die <i>Wahlalternative 2013 74</i>	
4.3 Politische Positionierungen der AfD	78
5. Rechte Erscheinungsformen in den AfD-Landesverbänden ...	86
5.1 Der Fall Hessen	87
5.2 Der Fall Nordrhein-Westfalen	91
5.3 Der Fall Thüringen	95
5.4 Weitere Fälle	98
Hamburg 98 Niedersachsen 100 Mecklenburg-Vorpommern 101 Sachsen 103 Bayern 104 Brandenburg 105 Baden-Württemberg 106	

6. Die AfD und der rechte Rand	109
6.1 Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand	109
NPD 110 Republikaner (REP) 115 Bürgerbewegung pro Deutschland 117 Bürgerbewegung pro NRW 119 Bürger in Wut (BIW) 120 Die Freiheit (DF) 121 Die Rechte (DR) 123 »Parteifreie« Neonazis 124	
6.2 Rechte Medien und die AfD	125
Junge Freiheit 125 Sezession 127 Blaue Narzisse 127 Preußische Allgemeine Zeitung 129 Zuerst! 131 eigentümlich frei 132	
7. Wählerpotenzial der AfD	134
7.1 Bundestagswahl 2013	134
7.2 Europawahl 2014	137
7.3 Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014	141
8. Kulturkampf von rechts: Ein Ausblick	145
Literatur	152

Mut- und Wutbürger: Einleitende Vorbemerkungen

Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) betrat im Frühjahr 2013 ein neuer Akteur die parteipolitische Bühne in Deutschland und verfehlte nur einige Monate später bei der Bundestagswahl knapp den Einzug in den Bundestag. Allerdings hat noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine Partei so kurz nach ihrer Gründung so viele Wahlen erfolgreich bestreiten können wie die AfD. So erlangte sie ein Jahr später bei den Europawahlen mit über 7% den Einzug in das Europaparlament.

Dieser Wahlerfolg gab ihr den nötigen Schub für ein erfolgreiches Abschneiden bei den kurz danach stattgefundenen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Dieser Erfolg ist allerdings nicht durch besondere programmatische Finessen und organisatorische Fähigkeiten zu erklären – im Gegenteil: Trotz des Tatbestandes, dass die AfD bislang schon Wahlen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene bestritten hat, verfügt sie immer noch über kein ausgereiftes Parteiprogramm. Zudem ist ihr innerparteilicher Zustand chaotisch und geprägt von massiven Querelen und Richtungskämpfen.

Zugespitzt ausgedrückt: Die AfD wurde nicht aufgrund, sondern trotz ihres innerparteilichen Zustandes gewählt. Daraus lässt sich schließen, dass der Grund für ihren Zuspruch bei einem Teil der deutschen Wählerschaft eher als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit bestimmten Entwicklungen zu deuten ist, die in der AfD ein politisches Ventil zur Artikulation gefunden hat. Der Schlüssel zum Geheimnis ihres Erfolgs liegt somit in einer historisch und politisch günstigen Gelegenheitsstruktur für die Herausbildung einer neuen politischen Kraft rechts von der Union und der FPD, die sich auf zwei Ebenen auftat: der Eurokrise und der Sarrazin-Debatte in Deutschland.

Noch vor der AfD-Gründung wurde durch Umfragen von Meinungsforschungsinstituten das Wahlpotenzial für politische Themenbesetzungen auf diesen Feldern deutlich. Hierbei hatte das Merkel'sche Credo von der angeblichen Alternativlosigkeit einer sowohl neoliberal grundierten als auch zugleich staatsinterventionistisch ausgerichteten Austeritätspolitik in der Eurokrise entscheidende Bedeutung. Die AfD hat die günstige Gelegenheit zur Neuformierung eines eurokritischen rechten Blocks erkannt und sich mit einer geschickt gewählten Namensgebung ein Alleinstellungs-

merkmal in der öffentlichen Wahrnehmung geschaffen. Zudem hat sie mit dem Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke eine Führungsperson präsentiert, der der Partei die Aura von wirtschaftspolitischem Sachverstand verleihen konnte und ihr schon in der Gründungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Präsenz verschaffte.

Doch allein mit der Themenbesetzung ist der AfD-Zuspruch nicht erschöpfend begründbar. Denn eine lediglich elitär-wirtschaftsliberale und zugleich Euro- wie europaskeptische Positionierung reicht für sich noch nicht aus, um weit über das aktuelle FDP-Wählerpotenzial hinaus Zustimmungswerte bei Wahlen zu erhalten und sich längerfristig als Partei verankern zu können. Allerdings war die AfD schon von Beginn an mehr als eine bloße Anti-Euro-Partei: Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot sie seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neurechten Kräften und früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach. Zur Strömung der so genannten Neuen Rechten bestehen enge Verbindungen über die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), welche die AfD von Beginn an publizistisch unterstützt und die sich mittlerweile zu einer Art informeller Parteizeitung entwickelt hat. Trotz deutlicher Unterschiede in einzelnen Fragen eint alle drei die AfD tragenden politischen Milieus eine populistische Anti-Establishment-Attitüde, die folgende Merkmale aufweist:

- Ein bewusst gewählter Status als politischer Außenseiter, der angeblich völlig anders ist als die so genannten Altparteien.
- Eine sich als antipolitisch inszenierende Kraft von Leuten mit »Sachverstand«, die sich gegen die »Kaste« von »Berufspolitikern« wendet, die allesamt nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden.
- Ein Insistieren auf Ehrlichkeit in der politischen Artikulation, die im Kontrast zu einer angeblich politisch wie medial verordneten Lüge stehe. Sinnbild für diese populistische Attitüde ist die Identifikationsparole der AfD »Mut zur Wahrheit«. In welcher Form diese Parole als Metapher zur Artikulation politischer Selbstinszenierung wie zugleich Feindbildsetzung dienlich ist, zeigt ein Blick auf die Homepage der AfD. Dort heißt es zur Erläuterung dieser Parole:

»Mut zur Wahrheit ... das war der Wahlslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013.

Und Mut zur Wahrheit ist nötiger denn je, denn wir haben es zu tun mit:

- 1. einer Politikerkaste, die dem Volk systematisch wesentliche Probleme unserer Zeit verschweigt*

2. *Medien, die sich den Politikern soweit angenähert haben, dass ihnen jede kritische Distanz abhanden gekommen ist, sowie*
3. *den Wächtern der ›Political Correctness‹, die mittels Tabuisierung ganzer Themenfelder Denkverbote mitten in unseren Gehirnen einrichten möchten.«¹*

Demnach steht der gepriesene »Mut zur Wahrheit« zugleich als Chiffre zur Mobilisierung politischer Unzufriedenheit und Ressentiments gegenüber Entwicklungs- und Veränderungsprozessen, die inhaltlich deutlich anschlussfähig sind an jene Verlautbarungen, welche die Bild-Zeitung ihrer Leserschaft im Kontext der Sarrazin-Debatte aus dessen Werk »Deutschland schafft sich ab« in eingängige Thesen übersetzt hatte. In der »Mut«-Parole der AfD kulminieren emotional unterschiedlich gelagerte politische Leidenschaften in ein bürgerlich kompatibles Angebot zur Rebellion, die den Wut-Bürger als wahrheits- und ordnungsliebenden Mut-Bürger in Erscheinung treten lassen. So sieht der Zeit-Redakteur Matthias Geis die Gefahr der AfD darin begründet, dass sie als erste »Wut-Partei die Chance hat, zu einer stabilen Kraft zu werden«.²

Mit diesem Angebot als Ventil für eine allgemeine Politikverdrossenheit und angestaute Wut auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse bedient die AfD zugleich in rechtspopulistischer Manier ein quantitativ wachsendes Milieu, das hinsichtlich seiner politisch-emotionalen Affekte mit dem Begriff Wutbürgertum einen adäquaten Ausdruck erfährt. Eine politische Selbstverortung in der Mitte der Gesellschaft und die Anpreisung gesellschaftlicher Tugenden wie Ordnungssinn, Gesetzestreue und nationales Pflichtbewusstsein paaren sich dort mit Wohlstandschauvinismus und fremdenfeindlichen Ressentiments. Sie kulminieren in einem konformistischen Aufbegehren gegenüber Pluralisierungs- und Emanzipationsprozessen, welche als fundamental bedrohlicher Angriff auf die eigenen, als »nationale Identität« verkörpert kollektiven Ordnungsmuster identifiziert werden. Die AfD als selbsterklärte Partei der Mut-Bürger erweist sich hierbei als parteipolitischer Anker wie zugleich als politischer Marker dieses national orientierten und rechtsgerichteten Wutbürgertums.

¹ www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/, abgerufen am 12.11.2014.

² Geis, Matthias: Die Wut genießen, in: Die Zeit online vom 19.11.2014, www.zeit.de/2014/47/afd-erfolg-extremismus, abgerufen am 1.12.2014.

In vielerlei Hinsicht weisen die Wahlkampfthemen der AfD Übereinstimmungen mit den Themensetzungen des europäischen Rechtspopulismus auf: die EU, die Einwanderung, die Muslime, die angeblich vorherrschende linke »politische Korrektheit« und die Pluralisierung sexueller und kultureller Lebensformen. In vielen europäischen Ländern dienen diese Themen zur Mobilisierung von Kampagnen und stellen einen breitenwirksamen Anknüpfungspunkt für nationalistische und rassistische Politikansätze dar. So zeigte die von der *Schweizerischen Volkspartei* im Februar 2014 erfolgreich durchgeführte Volksinitiative gegen Masseneinwanderung die Wirkungsmächtigkeit rassistisch grundierter Kampagnen gegen Einwanderer. Doch in Deutschland ist es Parteien vom rechten Rand nicht gelungen, diese Themen in Wahlerfolge umzumünzen. Trotz hoher Zustimmungsraten in Umfragen zu nationalistischen, fremdenfeindlichen und autoritaristischen Einstellungen scheuen sich breitere Bevölkerungskreise, einer Partei vom rechten Rand ihre Stimme zu geben. Aufgrund der NS-Geschichte besteht in diesen ressentimentgeladenen Milieus in den bürgerlichen Mittelschichten eine weit verbreitete Scheu davor, offen mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht zu werden.

Die erfolgreiche populistische Rechte in unseren Nachbarländern sucht daher nach einem neuen politischen Akteur in Deutschland. In der Rede zum Wahlkampf der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* im September 2011 verdeutlichte der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders dieses Anliegen: *»Deutschland ist nicht in derselben glücklichen Lage wie die Niederlande. Als ich das letzte Jahr hier war, hatte Thilo Sarrazin gerade sein Buch ›Deutschland schafft sich ab‹ veröffentlicht. Sarrazins Buch war ein Bestseller. Es traf einen Nerv. Über eineinhalb Millionen Exemplare wurden verkauft. Dies zeigt, dass die deutsche Gesellschaft für einen Wechsel reif ist.«*

Laut Wilders konnte dieser Erfolg jedoch noch nicht parteipolitisch verankert werden: *»Eure Situation hat sich verschlechtert, weil ihr – bis jetzt – noch keine Partei mit genug Wählerunterstützung habt, um die deutsche Politik zum Besseren zu wenden. Deutschland braucht eine rechte Partei, die nicht belastet ist mit Neonazi-Verbindungen und durch Antisemitismus, sondern die anständig und respektabel und auch standfest ist.«³*

³ Geert Wilders: Rede zum Wahlkampf der Partei Die Freiheit in Berlin am 3.9.2011, www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/, abgerufen am 13.2.2012.

Die rechtspopulistische Splitterpartei *Die Freiheit* war außerstande, diese Lücke zu füllen.⁴ Ein Teil ihrer Aktivisten suchte sich daher in der AfD ein neues Betätigungsfeld. Einher mit ihren Wahlerfolgen geht die programmatische Erweiterung der AfD, die sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als kompatible Partei zu den Thesen von Thilo Sarrazin entwickelt: Die Einwanderung und das angebliche Aussterben der Deutschen, die Muslime und der so genannte Tugendterror der politischen Korrektheit – all diese rechtspopulistischen Reizthemen gewinnen in der AfD propagandistische Entsprechung. Deutliche Anzeichen für eine rechtspopulistische Stoßrichtung finden sich etwa in ihrem sächsischen Wahlprogramm, wo unter anderem die Forderung nach Volksabstimmungen über den Minarettbau aufgenommen worden ist. Ebenso fand die Forderung nach einer Quote für deutschsprachige Musiktitel in Hörfunk und Fernsehen Eingang in das Programm. Zudem hatte die AfD keine Skrupel, sich im ostdeutschen Wahlkampf zugleich als Anwalt des unzufriedenen Volkes zu inszenieren, indem sie der Wählerschaft sowohl ein Protestventil als auch die entsprechenden Feindbilder anbot: die »Altparteien« und die Zuwanderer. Das Ganze wurde zudem populistisch angereichert mit regressiv-nostalgischen Rückgriffen auf den angeblichen Segen der DDR-Sicherheitspolitik und Parolen wie »Sichere Grenzen statt grenzenloser Kriminalität«.

In diesem Buch geht es in erster Linie um die Frage nach der Verortung der Partei im Spektrum der nationalliberalen, konservativen und populistischen Rechten. Zudem wird erörtert, ob mit dem politischen Wirken dieser neuen Partei die bislang in Deutschland noch vorhandene rechtspopulistische Lücke geschlossen werden könnte. Diese Schwerpunktsetzung resultiert aus meiner beruflichen Tätigkeit als Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf. Dies hat zur Folge, dass weitere wichtige Fragestellungen zur AfD in diesem Buch unterbelichtet oder gar unberücksichtigt geblieben sind. Dies betrifft in besonderem Maße Fragen zur besonderen Bedeutung der Familien- und Geschlechterpolitik der AfD und ihrer Chance zur Formierung eines neuen hegemonialen Blocks rechter euroskeptischer politischer Akteure und die daraus abzuleitende Frage nach dessen ökonomischer Anschlussfähigkeit. Eine besondere Herausforderung in der weiteren Auseinandersetzung mit der AfD besteht meiner Ansicht nach darin, Forschungen zum rechten Po-

⁴ Siehe dazu näher Kapitel 2.2

pulismus mit den genannten Fragestellungen enger zu verzahnen. Die folgenden Ausführungen sollen hierzu Anknüpfungspunkte aufzeigen.

Der vorliegende Text ist eine von mir überarbeitete Neufassung einer Expertise, die ich unter Mitarbeit von Rainer Roeser, Horst Teubert, Christoph Schulze und Paul Wellsow im Frühjahr 2014 für den DGB-Bundesvorstand erstellt habe. Rainer Roeser hat für dieses Buch das fünfte Kapitel zu rechten Erscheinungsformen in den AfD-Landesverbänden überarbeitet. Die Kapitel 7.1 und 7.2 sind einer von mir ebenfalls gemeinsam mit Rainer Roeser erstellten Broschüre entnommen, die von der *Mobilen Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus* herausgegeben worden ist.⁵

Dieses Buch soll als Hintergrundinformation zur vertiefenden Auseinandersetzung mit der AfD dienlich sein und Anregungen für weiter notwendige Diskussionen über Handlungsanforderungen gegenüber der Herausbildung eines neuen rechten politischen Blocks in Deutschland geben.

Alexander Häusler

⁵ Häusler/Roeser 2014. Weitere Vorarbeiten zum Text sind einer vorangegangenen Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung NRW entnommen (Häusler u.a. 2013). Literatur aus Büchern wird in den Fußnoten »amerikanisch« angemerkt und in der Literaturliste am Schluss nachgewiesen.

8. Kulturkampf von rechts: Ein Ausblick

Zusammenfassend kann die AfD hinsichtlich ihrer politischen Positionierungen als eine Partei rechts der CDU/CSU und der FDP stehend eingeordnet werden, die sowohl nationalliberale und nationalkonservative als auch rechtspopulistische Tendenzen aufweist. Unklar ist, welche Strömungen künftig in besonderem Maße den Kurs der Partei bestimmen werden. Feststellbar ist, dass die rechtspopulistische Prägung der AfD eine deutlich fassbare Gestalt angenommen hat. Entgegen den vor der Europawahl getroffenen Versprechen, auf Abstand zu rechtspopulistischen Parteien zu gehen, ist die AfD unter dem Dach der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) u.a. ein Bündnis mit den rechtspopulistischen Parteien *Die Finnen* und *Dänischer Volkspartei* eingegangen. Deutliche Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer Ausrichtung weist sie zum früher existenten rechtspopulistischen *Bund freier Bürger* auf, Überläufer hat die AfD aus der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* zu verzeichnen. Publizistisch erhält die AfD Unterstützung durch die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*, welche sich zu einer Art informellem Parteiblatt der AfD entwickelt hat. Der selbsterklärte Daseinszweck der JF besteht in dem Bestreben, einer nationalliberal/konservativen Kraft rechts der CDU/CSU zum Durchbruch zu verhelfen. In den Wahlerfolgen der AfD sehen diese neurechten Kräfte erstmals seit Jahrzehnten wieder eine realistische parteipolitische Option, ihr Ziel einer Re-Nationalisierung des Politischen voranzutreiben.

Obwohl die AfD sich als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten inszeniert, stellt sie unter inhaltlichen Gesichtspunkten das genaue Gegenteil dar. Denn trotz ihrer populistischen Polemik gegen die »Altparteien« offenbart sich die AfD als rückwärtsgewandte Partei. DM-Nostalgie und Rückgriffe auf die Zeiten einer »geistig-moralischen Wende« werden angereichert mit rechten und emanzipationsfeindlichen Parolen gegen homosexuelle Gleichstellung, Gender-Mainstreaming, Doppelpass und Multikulturalismus. Damit einher geht ein populistischer Alarmismus, der den Verlust »nationaler Identität« und das Schwinden »nationaler Interessen« durch eine angeblich volksfeindliche Politik der »Altparteien« beschwört.

Die Forderung nach »nationaler Identität« scheint sich besonders in den ostdeutschen Landesverbänden zum zentralen Themenfeld zu entwickeln: So gab der Spitzenkandidat der AfD-Thüringen, Björn Höcke, der neurechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* unter der Überschrift »Die AfD als identitäre Kraft« ein Interview, in dem er die »Frage nach der Identität für die zentrale

Frage der Menschheit im 21. Jahrhundert« erhob, da diese »der Schlüssel zu ökonomischen und ökologischen Homöostasen, also ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft« sei. Und weiter: »Die Deutschen und die Europäer haben die Aufgabe, den Wert ihrer Hochkultur wiederzuentdecken.«³⁴⁰ Damit erweist sich die AfD gewissermaßen als weltanschauliche Stichwortgeberin für einen rechten Kulturkampf, der nicht zuletzt auch in Protesten auf der Straße zum Ausdruck kommt.

Besonders das Thema Islam erweist sich vor dem Hintergrund eines internationalen gewalttätigen Islamismus als anschlussfähig für breitenwirksame Mobilisierungen mit ausgrenzender und zum Teil deutlich rassistischer Stoßrichtung. Auf der Straße offenbarte sich dies bei einer Demonstration von rechten Hooligans, die im Oktober 2014 unter dem Slogan »Hooligans gegen Salafisten« an die 5.000 Teilnehmer mobilisieren konnten. Die Anschlussfähigkeit solcher Mobilisierungsthemen reicht vom rechten Rand bis hinein in bürgerliche Mittelschichten. Besonders deutlich wurde dies in der Zeit vom Oktober bis zum Dezember 2014 in wöchentlichen Demonstrationen in Dresden. Eine Gruppe mit dem Namen »Europäische Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes« – kurz Pegida – stellte sich in die Tradition der Montagsdemonstrationen des demokratischen Aufbruchs der früheren DDR, um diese der Mobilisierung gegen eine angebliche »Islamisierung« dienlich zu machen.

Anhand der dort formulierten Forderungen wurde schnell ersichtlich, dass es den Akteuren um mehr ging als lediglich um dieses Thema. Benannt wurden in einem Positionspapier unter anderem »Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten« sowie ein Eintreten gegen »dieses wahnwitzige ›Gender Mainstreaming‹« und der »Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur«.³⁴¹ Was darunter verstanden werden soll, illustrierte der Pegida-Sprecher Lutz Bachmann in einem Interview mit der JF an folgendem Beispiel: »Die Islamisierung unseres öffentlichen Raumes, wenn etwa aus Rücksicht auf den Islam aus Weihnachtsmärkten ›Wintermärkte‹ werden.«³⁴²

³⁴⁰ Björn Höcke: »Die AfD als identitäre Kraft«, Interview in: Blaue Narzisse online vom 13.8.2014, www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft, abgerufen am 10.12.2014.

³⁴¹ Positionspapier der PEGIDA (10.12.2014), pegida.de/2014/12/positionspapier-der-pegida/, abgerufen am 11.12.2014.

³⁴² Bachmann, Lutz: »Wir haben einen Nerv getroffen«, in: Junge Freiheit vom 12.12.2014.

Die Teilnahme von zehntausend Menschen an Protestmärschen unter derartigen Forderungen ist als Ausdruck einer Entwurzelung eines rechtsgerichteten politischen Milieus in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft zu deuten, das sich nicht mehr entsprechend politisch repräsentiert sieht. Die artikulierten Forderungen sind in vielen Fragen deckungsgleich mit Positionen der AfD, deren äußerst rechter Flügel frühzeitig zur Unterstützung mobilisierte. In einer Stellungnahme der Patriotischen Plattform wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, »die Kernforderung von Pegida zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen«. Diese Forderung wird in dem Schreiben verknüpft mit der Aufforderung, »gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft« einzutreten.³⁴³

In einem Interview mit einem Videoportal der *Jungen Freiheit* erklärte Frauke Petry ihre Zustimmung zu Forderungen von Pegida und betonte in diesem Kontext die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulieren die Demonstranten »die große Sorge, die man im Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Identität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, drüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man dieses Land selbst gestalten möchte«. ³⁴⁴ Auch Alexander Gauland bekundete: »Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung.«³⁴⁵ Ebenso äußerte Parteisprecher Lucke, dass viele Forderungen des Pegida-Bündnisses »von der AfD geteilt«³⁴⁶ werden.

Trotz bestehender Skrupel von Teilen der Parteiführung davor, mit dem rechtsradikalen Anhang dieser Proteste in Verbindung gebracht zu werden, bietet sich die AfD ihnen also als eine Art parteipolitisches Dach an und sorgt damit zugleich für deren parteipolitische Verankerung. Damit stellt

³⁴³ Stellungnahme der Patriotischen Plattform: AfD muß sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! (9.12. 2014), patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/, abgerufen am 10.12.2014.

³⁴⁴ Petry, Frauke, Interview in JF-TV Dokumentation über PEGIDA, Dresden, (8.12.2014), www.youtube.com/user/jungefreiheitverlag, abgerufen am 12.12.2014.

³⁴⁵ Bielicki, Jan: AfD-Spitze stellt sich hinter »Pegida«, SZ online vom 9.12.2014, www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371, abgerufen am 12.12.2014.

³⁴⁶ Lucke, Bernd: »Die AfD teilt viele Pegida-Forderungen«, Handelsblatt online vom 11.12.2014, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bernd-lucke-die-afd-teilt-viele-pegida-forderungen/11107094.html, abgerufen am 12.12.2014.

die Partei die Brücke her zwischen ihrer wohlstandschauvinistischen und elitär-marktradikalen ökonomischen Grundausrichtung («Nicht das Sozialamt der Welt«, »Partei der Leistungsträger«) hin zu »dem Volk« und auch den prekarierten Schichten, die ein Ventil für ihre konforme Revolte gegenüber den »Altparteien« und den als »Sozialtouristen« diffamierten Zuwanderern suchen. Damit stellt sich die AfD propagandistisch zugleich als Zugpferd »nationaler Leitungsträger« mit neoliberaler Theoriebildung (Lucke, Henkel u.a.) auf und nimmt zugleich die Rolle als national gesinnter Konterpart zu der europäisch hegemonialen politischen Formation der »passiven Revolution«³⁴⁷ des Neoliberalismus ein:³⁴⁸ als »Alternative für Deutschland« gegen die angebliche Alternativlosigkeit einer neoliberal grundierten Austeritätspolitik in Europa.

Diese unter sozioökonomischen Gesichtspunkten »konforme Revolte« gegen die »Altparteien« richtet sich daher populistisch mobilisierend zugleich an die Leidenschaften und Frustrationen ethnisch angestammter prekariierter Schichten, die sich ebenfalls wie bürgerlich-nationalkonservative Milieus nicht mehr ausreichend politisch repräsentiert fühlen. »Klassenkampf« nennt dies der AfD-Bundessprecher Konrad Adam. Er deutet dies als Kampf gegen die »politische Klasse«: »Natürlich kann sich das Volk nicht selbst regieren, es braucht dazu Vertreter. Aber müssen die sich auch als Klasse formieren? Sich nicht nur so bezeichnen, sondern sich auch so benehmen? Wozu brauchen wir sie denn? Geht es zur Not denn nicht auch ohne sie?«³⁴⁹ Hier zeigt sich das populistisch mobilisierende Moment, durch welches sich die AfD hinsichtlich der Wechselwähler nahezu zu einer »Catch all«-Partei³⁵⁰ entwickelt hat.

Dies stellt insbesondere den linken Parteienblock vor besondere Herausforderungen. Denn die AfD hat trotz ihrer Vorzeige-Personalie Henkel

³⁴⁷ Zu Gramscis Begriff der »passiven Revolution« vgl. Adolphs/Karakayali (2007).

³⁴⁸ In Anlehnung an die Studien des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zu »passiven Revolution« des italienischen Risorgimento, d.h. der italienischen Einigungsbewegung im 19. Jahrhundert, als politische Umwälzung von oben ohne Beteiligung subalternen Klassen wurde dieser Begriff in der neomarxistischen Theorie nutzbar gemacht für die Beschreibung der Durchsetzung neoliberaler Politikkonzepte in der Europäischen Union, die »von oben« verordnet zu mehrheitlich unhinterfragten Leitlinien politisch/ökonomischer Regulation durchgesetzt worden sind (vgl. hierzu: Das Argument, Heft 1 und 2, 2013).

³⁴⁹ Adam (2014: 59)

³⁵⁰ Mit Ausnahme grüner Wählermilieus hat die AfD von Wechselwählern aller Parteien profitieren können.

auch einen Einbruch in das organisierte Gewerkschaftslager erreicht: So haben laut dem DGB-Info-Service *Einblick* in Brandenburg bei den Landtagswahlen 12,1% der Gewerkschaftsmitglieder AfD gewählt und in Thüringen 9,3 %. Laut dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann ist die Zustimmung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern »angesichts der gewerkschaftsfeindlichen Grundhaltung der AfD und vieler ihrer Spitzenfunktionäre nicht nachvollziehbar. Wir haben im Vorfeld der Wahlen über die arbeitnehmerfeindlichen Positionen der AfD informiert. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass das offensichtlich nicht gereicht hat. Erschreckend ist zudem, dass der Anteil der jüngeren Wähler, die für die AfD oder die rechtsextreme NPD stimmten, höher ist als in anderen Altersgruppen. Das gilt auch für Gewerkschaftsmitglieder.«³⁵¹

Zugleich arbeitet die AfD an einer ihrer ökonomischen Ausrichtung adäquaten Formation, der Gründung eines »Mittelstandsforums der AfD«. Laut Informationen der *Süddeutschen Zeitung* wurden bislang Einladungen an »etwa 500 Unternehmer und Manager aus ganz Deutschland verschickt«. ³⁵² Als Organisator dieser Formation tritt der Ex-Republikaner Ulrich Wlecke auf, der vor einigen Jahren noch als Budget-Experte bei der rechtspopulistischen FPÖ aufgetreten ist.

Während die AfD sich bislang lediglich als Nein-Sager- sowie als Wutbürger-Partei populistisch in Kontrast zu den so genannten Altparteien in Szene setzen konnte, muss sie nun ihre Tauglichkeit als realpolitisch handelnde Kraft unter Beweis stellen, wenn sie sich in Bund und Ländern nachhaltig verankern will. Eine Aufgabe, die die Partei angesichts ihrer massiven innerparteilichen Konflikte und einer mehr als dürftigen Personaldecke handlungsfähiger Akteurinnen und Akteure vor eine existenzielle Herausforderung stellt. Mit einer möglichen Etablierung der AfD als neuer Kraft rechts der Union hätte das rechte Wutbürgertum auch in Deutschland eine parteipolitische Verankerung gefunden.

Sollte dies Realität werden, hätte dies auch Konsequenzen für die politischen Kräfteverhältnisse hierzulande: Dem aktuell hegemonialen neoliberal-konservativen Block würde nicht nur Konkurrenz entstehen, sondern zugleich neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet. Zudem zeigt die Etablierung populistisch-rechter Parteien in Europa, dass dies eine Verände-

³⁵¹ »Gegensteuern«, in: einblick. Gewerkschaftlicher Info-Service Nr. 17 vom 29.9.2014, S. 3.

³⁵² AfD gründet Wirtschaftsforum, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2014.

rung der politischen (Alltags-)Kultur nach sich zieht und eine Schwächung emanzipativer Politikansätze zur Folge hat.

Deutschland ist bislang hinsichtlich des Erfolges rechtspopulistischer Parteien eine Art »politisches Entwicklungsland« gewesen. Dies kann sich mit weiteren Erfolgen der AfD nachhaltig ändern. Folgende Anknüpfungspunkte für einen populistisch artikulierten Kulturkampf von rechts lassen sich aktuell feststellen:

- Fokussierung auf religiös/kulturell umgeformte rassistische Stereotype (Islam[ismus], »Integrationsverweigerer«)
- Familien- und Gesellschaftsbilder (Gender Mainstreaming, Bildungsplan Baden-Württemberg, sexuelle Pluralisierung)
- Nationale/kulturelle Identität (gegen Zuwanderung und multikulturelle Gesellschaft)
- »Meinungsfreiheit« (gegen »political correctness«/linke »kulturelle Hegemonie«)
- Bewahrung »bürgerlicher Tugenden« (Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit)

Dies geht einher mit einem rechten Sozialpopulismus, der den Begriff »des Volkes« dafür in Anspruch nimmt, exkludierende und nationalistische Politikansätze breitenwirksam zur Geltung bringen zu können. Hierbei ist zu beachten, dass diese rechte Inanspruchnahme des Volksbegriffs sowohl an Ressentiments sozialökonomisch prekarisierter Schichten appelliert und diese fördert, als auch zugleich den Begriff des Bürgerlichen in ethnisch/national exkludierendem Verständnis in Anspruch nimmt.

Damit sind linke und emanzipatorische Bewegungen vor eine doppelte Herausforderung gestellt: Sie müssen sowohl den pseudorevolutionären Charakter dieser populistisch-herrschaftskonformen Revolte demaskieren als auch zugleich deren exkludierende Inanspruchnahme des Begriffs von Volk und Bürgerlichkeit demaskieren. Sie müssen zudem die Fähigkeit entwickeln, entgegen rechtspopulistischer »Wahrheiten« ein populäres Angebot zur Veränderung und Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheit zu formulieren. Und es stellt sich die Herausforderung, den rechten Kampfbegriff der »Nationalen Identität« zu dekonstruieren und ihn umzuformulieren in einen durchaus auch populär wirksamen »Kollektivwillen«³⁵³ auf der Basis sozialökonomischer Gleichstellung, Anerkennung kultureller Diversität und emanzipativer sozialer Praxis. Dies beinhaltet zugleich eine

³⁵³ Zum emanzipatorischen Gebrauch des Populismusbegriffs vgl. Laclau 2014.

selbstkritische Reflexion über die Aufgabe des Begriffs der Bürgerlichkeit für eine gesellschaftliche Linke, die sich trotz ihrer objektiv in bürgerlichen Mittelschichten verankerten Klassenstellung verbalradikal der Antibürgerlichkeit verschrieben hat.³⁵⁴

In seinen »Reflexionen aus dem beschädigten Leben« hat Theodor W. Adorno die Ambivalenz zwischen der Artikulation von bürgerlichen Tugenden und Eigeninteressen und der Wut gegen Schwache im Kontext einer Durchkapitalisierung gesellschaftlicher Beziehungen beschrieben: »Die bewahrende Hand, die immer noch ihr Gärtchen hegt und pflegt, als ob es nicht längst zum ›lot‹ geworden wäre, aber den unbekanntem Eindringling ängstlich fernhält, ist bereits die, welche dem politischen Flüchtling das Asyl verweigert.«³⁵⁵ In der herrschaftskonformen Revolte des sich in seiner Eigeninteressen bedroht empfindenden Bürgertums sah Adorno dessen Unmenschlichkeit zutage treten: »So kommt die Klasse zu sich selbst und macht den zerstörenden Willen des Weltlaufs sich zu eigen. Die Bürger leben fort wie Unheil drohende Gespenster.«³⁵⁶

³⁵⁴ Vgl. hierzu exemplarisch die Anregungen zur linken Inanspruchnahme des Begriffs der Bürgerlichkeit bei Siri 2010.

³⁵⁵ Adorno 1951: 48; mit »lot« spricht Adorno an, dass es sich um ein Grundstück als Ware handelt.

³⁵⁶ Ebd.